

Bismarcks Außenpolitik

Ausgangssituation

Bismarck erklärte nach der Reichsgründung 1871 das Deutsche Reich für „sattiert“, er verzichtete auf eine Außenpolitik, durch die andere Großmächte sich gefährdet fühlen mussten.

Während es der deutschen Politik um den Erhalt und die Sicherung der neuen Reichsgrenzen ging, strebte Frankreich nach Rückgewinnung der 1871 verlorenen Gebiete. Von diesem Gegensatz ausgehend und um das junge Deutsche Reich vor einem Krieg zu bewahren, zielte Bismarcks Außenpolitik von Anfang an darauf, Frankreich zu isolieren und Koalitionen der Großmächte gegen Deutschland zu verhindern.

Dreikaiserabkommen (Russland - Österreich/Ungarn)

Die Beziehungen Deutschlands zu Österreich-Ungarn und Russland standen im Mittelpunkt der Bismarckschen Vertragspolitik. Um eine Koalition der Verlierer von 1866 und 1870/71, Österreich-Ungarn und Frankreich, zu verhindern und gleichzeitig Handlungsspielraum gegenüber Russland zu gewinnen, bemühte sich Bismarck um ein Bündnis mit Österreich-Ungarn und Russland. Im September 1872 trafen sich Wilhelm I., der österreichische Kaiser Franz Joseph I. und der russische Zar Alexander II. (1818-1881) in Berlin und bekundeten ihr gemeinsames Interesse am Erhalt der monarchischen Staatsform. Im Juni 1873 unterzeichneten Franz Joseph I. und Alexander II. eine Militärkonvention, die durch den Beitritt Wilhelms I. am 22. Oktober 1873 zum "Drei-Kaiser-Abkommen" erweitert wurde. Bismarck erzielte somit ein wichtiges Ziel seiner Außenpolitik, nämlich die Isolation Frankreichs. Bei diesem Abkommen wurden die gemeinsamen Interessen der drei konservativen Monarchien gegenüber republikanischen und sozialistisch – revolutionären Kräften und Ideen betont. Jedoch scheiterte diese Politik schon in der Orientkrise von 1876-78. Denn das Abkommen brach, als Russland begann, die Aufständischen im europäischen Teil des Osmanischen Reiches zu unterstützen und schließlich diesen angriff und dabei aus Sicht Großbritanniens und der Österreichisch-Ungarischen Monarchie zu wenig Rücksicht auf deren Interessen nahm.

Berliner Kongress

Bei dem Berliner Kongress von 1878 kam es zu einem Zusammentreffen der europäischen Großmächte Deutsches Reich, Österreich-Ungarn, Russisches Reich, Frankreich, Großbritannien und Italien, sowie das Osmanische Reich. Das Treffen schloss mit dem Ende der Balkankrise und der Unterzeichnung des Berliner Vertrags schließlich ab. Im Mittelpunkt der Bismarckschen Vertragspolitik standen die Beziehungen Deutschlands zu Österreich-Ungarn und Russland. Bei dem Versuch Bismarcks die Disparitäten zwischen den Ländern zu klären, musste er darauf achten die Bindung an eines der Länder nicht zu stark werden zu lassen, damit das jeweils andere Land nicht auf den Gedanken kommt, sich mit Frankreich zu verbünden und ein anti-deutsches Bündnis entstehen zu lassen. Durch dieses Wissen sind viele Handlungen Bismarcks im weiteren Verlauf genau bestimmt. Um zwischen den beiden Großmächten zu operieren, kam es 1873 zum Dreikaiserabkommen, in welchem Bismarck versucht eine russisch-österreichische Beziehung zu unterstützen. Somit wurden alle Interessen und Ideen der drei Monarchien unterstrichen und vertieft. Leider kam es 1876-78 bei der Orientkrise zum Scheitern dieser Politik. Es kam zum Krieg zwischen Russland und dem

Osmanischen Reich, welcher in dem Erfolg Russlands endete. Daraufhin drohte ein Konflikt der Großmächte, da Russland nun keine Rücksicht mehr auf England und Österreich-Ungarn nahm und ihre Interessen in den Hintergrund drängte. Russland wollte nun einen großbulgarischen Staat errichten, welcher von Russland abhängig ist und den Einfluss Russlands auf den Balkan erheblich steigern sollte. England fürchtete nun um deren Stellung als führende Seemacht im Mittelmeer.

Unter dem Namen der „ehrlichen Maklers“ gelang es Bismarck auf dem Berliner Kongress 1878 den Frieden zu sichern und die Disparitäten der Länder beizulegen, welches jedoch zu einer großen Missstimmung Russlands führte. Petersburg hatte sich während der Orientkrise mehr Unterstützung durch Deutschland gewünscht, die es jedoch nicht bekam.

Abschließend zum Berliner Kongress wurde das bulgarische Land um etwa drei fünftel verkleinert und vom Mittelmeer abgetrennt. Als Ausgleich zu Russlands Verlusten erhielt es das Besatzungsrecht in Bosnien, Herzegowina und Nowipasar zugesprochen.

Zweibund und Dreibund

Aus Angst, das gestörte deutsch-russische Verhältnis könne zu einer russisch-französischen Annäherung führen, kam es 1879 zum Bündnis des Deutschen Reiches mit Österreich-Ungarn. In diesem Zweibund verpflichteten sich beide Länder zu gegenseitiger Hilfe bei einem russischen Angriff. Bei Angriff einer anderen Macht sollte zumindest wohlwollende Neutralität geübt werden.

Italien geriet aufgrund seiner kolonialer Interessen in Libyen in Konflikt mit Frankreich. Die Folge war, dass sich Italien den Zweibundmächten annäherte und mit ihnen, im Jahr 1882, ein Verteidigungsbündnis gegen Frankreich einging, den sogenannten Dreibund.

Dreikaiservertrag

Das Gegenüberstehen eines deutsch-österreichischen und eines russisch-französischen Blocks konnte nicht Ziel seiner auf höchste Sicherheit bedachten Außenpolitik sein. Aus diesem Grund ergänzte er den Zweibund durch eine Wiederaufnahme des Dreikaiserabkommen. In diesem 1881 unterzeichneten Dreikaiservertrag wurde vereinbart, dass, falls einer der drei Staaten in einen Krieg mit einer der dem Bündnis nicht angehörenden Macht verwickelt werden sollte, die beiden anderen Vertragspartner ihm gegenüber eine wohlwollende Neutralität einzunehmen hatten. Außerdem würden Deutschland und Österreich England in einem Krieg gegen Russland nicht unterstützen, umgekehrt hatten Russland und Österreich-Ungarn Deutschland in einem Krieg gegen Frankreich wohlwollende Neutralität zu gewähren. Dies schloss gleichzeitig ein russisch-französisches Bündnis gegen Deutschland und/oder Österreich-Ungarn aus. Des Weiteren wurde in diesem Vertrag festgehalten, dass Absprachen über künftige Veränderungen auf dem Balkan getroffen werden. Im Zuge der Bulgarischen Krise 1885 und dem Eingreifen Österreichs auf Seiten Serbiens ohne Absprache mit Russland wurde der Dreikaiservertrag wegen Missstimmungen zwischen Österreich-Ungarn und Russland 1887 nicht wie geplant verlängert.

Mittelmeerabkommen und Rückversicherungsvertrag

1887 gelingt es Bismarck, den Rückversicherungsvertrag mit Russland zu schließen. Im gleichen Jahr wird das Mittelmeerabkommen zum Schutz der Türkei geschlossen, an dem England, Italien und Österreich-Ungarn beteiligt sind. So ist England indirekt an Deutschlands Seite, denn ein direktes Bündnis mit Deutschland lehnt Großbritannien ab. Durch erneute Rivalitäten zwischen Russland und

Österreich-Ungarn zerbrach schließlich das Dreikaiserbündnis. Der Vertrag sollte Russland die Angst vor einem deutsch-österreichischen Angriff nehmen und die Annäherungen an Frankreich vermeiden.

Der Rückversicherungsvertrag beinhaltet ein geheimes Neutralitätsabkommen zwischen dem Deutschen Reich und Russland, wo sich die Regierung in Berlin und Russland verpflichtete sich neutral zu verhalten, für den Fall es komme zu einem Krieg mit einer dritten Großmacht. Die Verpflichtung zur Neutralität tritt jedoch nicht ein, wenn Deutschland Frankreich oder Russland Österreich-Ungarn angreifen würde. In einem Zusatzprotokoll stand die zusätzliche Neutralität, falls Russland eine aktive Meerengenpolitik ausüben würde. Bismarck förderte zusätzlich im selben Jahr eine Entente zwischen England, Österreich-Ungarn und Italien, die den Status quo im Mittelmeer sichern sollte. In den Verhandlungen zu diesem Thema wurde England nun enger an den Dreibund herangeführt. Bismarcks System diente dazu die Beziehung zwischen Russland und Österreich-Ungarn, durch Mittelmeerentente zu stärken. Dazu nutzte er die englisch-russische Spannung, um von dem Mittelkontinentalen Spannungsfeld abzulenken. Durch die zunehmende ungünstige Außenhandels- und wirtschaftspolitische Lage Russlands entstand innerhalb des Landes eine anti-deutsche Einstellung, was zu einer anti-russischen Haltung in Deutschland führte. Aus Angst Russland als deutschen Gegner zu bekommen, veranlasste Bismarck kurz vor seiner Entlassung 1890 die Stärkung des deutsch-englischen Verhältnisses. Doch jegliche Bündnisabsichten mit England blieben 1889 ohne Erfolg. Bismarck wollte daraufhin den deutsch-russischen Rückversicherungsvertrag verlängern, doch dies gelang ihm in seiner Amtszeit als deutscher Kanzler nicht mehr, da er unter anderem im Konflikt mit dem deutschen Kaiser Wilhelm II. stand.

Zusammenfassung

Ziel der Außenpolitik Bismarcks war die Isolierung Frankreichs und die Friedenssicherung in Europa durchzusetzen, was ihm auch weitestgehend gelungen war. Bismarcks Willen war es, die erworbene Machtstellung des Deutschen Reiches zu sichern und, um den Gegner Frankreich zu isolieren, alle anderen Großmächte an Deutschland durch komplizierte Bündnisse an Deutschland zu binden. Doch schließlich führten die Disparitäten zwischen dem deutschen Kaiser und den Kanzler Bismarck zu dessen Entlassung 1890, und dem Ende der Bismarckschen Außenpolitik.

